

zu sagen: Ihr habt ja so glänzende Verhältnisse in Deutschland. Man weiß darauf hin, wie groß die Gewinne der Aktienunternehmungen sind. Es ist aber nur eine kleine Kasse von Deuten, die die Vorteile einsteckt. Die Landwirtschaft hat gegenwärtig das politische Interesse und die soziale Pflicht zu sagen: Wir wollen dem deutschen Volke soviel wie möglich Brotgetreide ausliefern

und nicht im Schwelnetrog verfaulen.
(Sehr richtig! bei den Soz.) Ich bebaue auch und muß ausdrücklich feststellen, daß in den Verhandlungen im Hauptausschuß weder ein Vertreter der Unabhängigen noch der Kommunistischen Partei zugegen war. Es wäre notwendig gewesen, daß sie die Einwände, die sie hier erhoben haben, dort vorgetragen hätten. Gegenwärtig müssen wir die Frage in den Vordergrund stellen: Wann können wir zu einem Abbau der Lebensmittelpreise? Allerdings unter einer solchen Beurteilung, wie wir sie hier gefunden haben, kann dies nicht geschehen. Ist doch aus landwirtschaftlichen Kreisen im Reichswirtschaftsrat gefordert worden, die Getreidepreise nicht um 40 Prozent, sondern um 1000 Mark pro Tonne zu erhöhen. Eine solche Forderung muß natürlich geradezu aufreizend in der Arbeiterklasse wirken. Ich glaube deshalb, die Regierung dringend davor warnen zu müssen, eine solche Erhöhung auch nur in Aussicht zu nehmen, denn das würde politisch von den unheilvollsten Folgen sein. Die Arbeiterklasse erwartet gegenüber den Preissteigerungen im Ausland, daß auch hier ein solches Maß nicht eintreten wird. Sie befindet sich in einer fürchterlichen Notlage. Sie (nach rechts) aber erklären, daß die Lebensmittelpreise noch nicht hoch genug sind. Gegen diese Politik werden wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Wir werden fordern, daß bei der Feststellung der Preise die Interessen der Arbeiter, der Angehörigen und der Beamten mehr in den Vordergrund gerückt werden als bisher. (Beifall bei den Soz.)
Abg. Rieg (Rt.): Wir müssen uns vom Ausland unabhängig machen. Uns fehlen nur die ausländischen Phosphate.

Reichsminister Dr. Gerns:
erklärt, daß das Ministerium über die Mindestpreise für die nächste Ernte noch nicht beschlossene habe. Wenn wir die Getreideproduktion steigern sollen, müssen wir angemessene Prämien gewähren. Bisher ist an Getreide abgeliefert worden: Brotgetreide 780 000 T., Weizen 231 000 T. Die Verkehlieferung ist in diesem Jahre höher, als im vorigen. Von einer Witterungsunlust kann man also nicht sprechen. Die Nachschau wird kräftig weiter durchgeführt. Die katastrophalen Verhältnisse des vorigen Jahres in der Vorkultivierung wiederholen sich diesmal nicht. Wir werden vom 15. Februar ab die Ertragsleistungen um 200 Gramm erhöhen und diesen Satz das ganze Wirtschaftsjahr hindurch führen. Bis zum 25. Januar haben wir 1,8 Millionen Tonnen Getreide im Ausland gekauft, von denen bereits mehr als 1 Million Tonnen eingeführt sind. Wenn uns unsere Reservepolitik gelingt, so wird die Frühjahrsprämie fortfallen. Die deutsche Wirtschaft kann man von der Weltwirtschaft nicht lösen. Der Preisabbau erfolgt in dem Maße, in dem die Steigerung der Inlandsproduktion gelingt. An dem es haben wir ungeschicklich das zehnfache eingestrichelt, als die frühere Regierung möglich machen konnte. Das wird für die Steigerung der Produktion besonders wertvoll sein. (Beifall.)
Abg. Dittell (Komm.): Gegen den Ernährungsminister spricht man wie gegen ein Brett. (Lachen.) Wir lassen uns von Ihnen nichts weis machen. (Beifall.)
Abg. Simon (Unabh.): Die Fleischbewirtschaftung sollte erst aufgehoben werden, wenn mindestens 1 1/2 Millionen Tonnen Getreide abgeliefert worden sind.
Die Haushaltsforderungen wurden darauf angenommen. Es folgt die Weiterberatung über den Etat des Reichswehrministeriums.

Bei der Einzelberatung werden zunächst alle kritischen Fragen zurückgestellt, da das Haus sehr schwach besetzt ist.
Abg. Künert (Unabh.) kritisiert dann das militärische Bildungswesen. Diese Ausgaben seien überflüssig.
Reichswehrminister Geyer fordert den Vorredner auf, sich die Heeresbüchereien anzusehen, er werde dann feststellen können, daß dort sehr viel wertvolles Material vorhanden sei.
Abg. v. Gallwitz (Dnt.): Bei diesem Vorstoß von Links haben die Herren von Links sehr persönliches Interesse. (Lärm links.)
Abg. Seidel (Unabh.) spricht gegen die Nachrichtenstellen der Reichswehr.
Abg. Schöpslin (Soz.): In Bayern herrscht in dieser Beziehung eine Saunwirtschaft. (Der Präsident rügt den Ausbruch.)
Reichswehrminister Geyer: Mir ist die Spitzelwirtschaft in der tiefsten Seele verhaßt. Solange man mir eben keine Beweise erbringt, besitze ich, daß man meine Befehle nicht befolgt. Gegen die kommunistischen Aktionen unter den Soldaten vorzugehen, ist meine Pflicht. (Beifall.)
Damit schließen die Einzelberatungen.
Die Abstimmung über die freitragenden Kapitel wird vertagt.

Nachträglich angenommen wird noch ein Antrag aller Parteien zum Notetat des Ernährungsministers, wonach für die Abfertigung von 1 Zentner Hafer bis zu 1 1/2 Zentner Reis gewährt werden soll.
Das Haus vertagte sich auf Montag 1 Uhr: Dritte Lesung des Notetats, Interpellation, Interpellation über Oberschlesien.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Beschlüsse von Paris.
Paris, 29. Januar. Die Konferenz ist heute um 6 Uhr geschlossen worden. Nach einer Weile der Agence Havas ist auch das Protokoll über die Abmachung in der Reparationsfrage um 5 Uhr unterzeichnet worden. Die Beschlüsse sollen morgen der deutschen Regierung notifiziert werden. Sie werden Montag mit dem Begleitschreiben an die deutsche Regierung veröffentlicht werden. Die bereits genannten Sanktionen, die in der Entwaffnungsfrage vorgesehen sind, sollen auch für die Reparationsfragen gelten. In Bezug auf die Hilfe für Desterreich ist ein Bericht Loucheurs angenommen worden, der die Gründung eines Finanzinstituts mit einem Kapital von 200 000 000 Fr. vorsieht. Nach einem amtlichen Bericht der Agence Havas war das Abkommen für die Entwaffnung um 4 Uhr unterzeichnet worden. Paris hat heute beim Verlassen des Sitzungssaales erklärt, die Entwaffnungsfrage sei zur gemeinsamen Verabredung der Alliierten und in Betreff der Sicherheit ihrer Länder geregelt worden.
In der Kohlenfrage vertritt die französische Regierung folgende These: Frankreich verlangt eine monatliche Lieferung von 2 200 000 Tonnen (ab 1. Februar, ferner Lieferung der noch ausstehenden 500 000 Tonnen). Die Bezahlung von 5 Goldmark pro Tonne, die für die Ernährung der deutschen Bergarbeiter bestimmt war, soll aufgehoben werden, dagegen eine Prämie (wie es heißt von 2 Goldmark) für eine besonders gute, ausgeglichene Kohle bewilligt werden. Die Reparationskommission soll die Ausführung des Abkommens überwachen.

Was Deutschland mitgeteilt wurde.
Paris, 30. Januar. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas sagt, daß im Laufe des gestrigen Abends Deutschland folgender Beschluß mitgeteilt wurde: Hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands wurde der Bericht des Marschalls von Foch abgelesen, Deutschland muß danach seine Gesetze und den Vereinbarungen des Friedensvertrages anpassen, die übermäßigen Offiziere vor dem 23. Februar entlassen,

die Bürgerwehr vor dem 30. Juni auflösen, die Reservekräfte vor dem 30. April entwaffnen, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe sowie alle Unterseeboote vor dem 31. Juli zerlegen, die im Jahre 1919 zerstörten Bevölkerungserlöse, darauf verzichten, eine Luftpolizei zu bilden und die alliierten Definitionen annehmen, indem es die Zivilisten von den Militärfluggewegen unterscheidet. Die Abkommen der Alliierten betreffend die Reparationen werden der Reparationskommission mitgeteilt werden, welche den deutschen Export überwachen wird. Deutschland wird den Alliierten entsprechend den ihnen zustehenden Anteilen Güter für die Jahresraten geben.

Was Deutschland droht.

Paris, 29. Januar. Wie die „Agence Havas“ nicht offiziell meldet, hat die Konferenz in der Vormittags-Sitzung den Bericht des internationalen militärischen Ausschusses in Versailles über die Entwaffnungsfrage angenommen. Es wurde hierauf Deutschland für jede seiner noch auszuführenden Maßnahmen eine Frist bis zum 1. Juli bewilligt.
Die folgenden Sicherungen der Durchführung sind vorgesehen:
1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande.
2. Besetzung neuer deutschen Gebiete.
3. Errichtung eines besonderen Regimes in den Rheinlanden.
4. auf Antrag von Lord Curzon: Einspruch gegen die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund.
Die Konferenz über die Orientfrage in London beginnt am 21. Februar. Die Konferenz mit dem deutschen Minister in der Reparationsfrage soll am 25. Februar in London stattfinden.

Türken und Griechen.

Von besonders gut unterrichteter türkischer Seite erklärt unser Berliner Korrespondent, daß die Griechen von den Türken eine Niederlage erlitten haben. Tatsächlich sind die Griechen dem Siege in Anatolien in keiner Weise gewachsen. Sie sind nach jeder Richtung hin den Truppen Seman Paschas unterlegen. Während die Griechen über kein brauchbares Material verfügen, haben die Türken den Vorteil, daß sie das unfruchtbare Gebiet kennen. Die Griechen haben sehr unter natürlichen Überforderungen der Türken zu leiden und natürlich auch große Verluste, während die Türken mit verhältnismäßig kleinen Verlusten, große Siege verzeichnen.
Wie andererseits verläuft, soll König Konstantin die Absicht haben, sich nach dem Kriegsausbruch zu begeben. Tatsache ist doch, daß sich Könige nur dann auf Kriegsausbrüche begeben, wenn ihre Generale große Siege erwarten.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Was geht im Landkreis Breslau vor?

Als der Rapp-Putsch ausbrach, waren die Großgrundbesitzer des Kreises ganz begeistert und verschiedene haben im Geiste wieder das „herrliche Hohenzollernregiment“ kommen. Es ging gar nicht in ihren Kopf, daß eine so herrliche Sache futschgehen mußte, und einer der besonders beteiligten Reaktionen ist ja auch inzwischen verrückt geworden. Die anderen aber ließ der Gedanke nicht schlafen. Und so schlossen sie sich fast einmütig der Orgelei an. Ihr Hauptplatz, der berühmte Herr Rittergutsbesitzer v. Delfen in Jäschowitz, reist im Kreise herum, hält Versammlungen ab und entfaltet eine kräftige Agitation. Den kleinen Landwirten wird vorgeschulert, daß die Kotten mit Lastautos in die Dörfer kommen und alles rauben und plündern werden. „Schließt Euch der Orgelei an, bewaffnet Euch!“ forderte er in Wärsdorf von den Versammelten.

Kürzlich ging vom Landbund ein vertrauliches Rundschreiben an eine Anzahl Gemeindevorsteher, das außer Gewehren, Wobell 71, auch umgearbeitete Jagdbüchsen und die dazu notwendigen Patronen, jagdtüchtig aber auch Revolvermunition jeden Kalibers zu nächtigen Preisen anbot. Auch an die Gutsbesitzer gingen natürlich diese Schreiben und die Herren Großgrundbesitzer drehten sich der Aufforderung Folge zu leisten. In den letzten Tagen sind vom Wirtschaftsverband des Kreises Breslau eine ganze Anzahl solcher umgearbeiteten Gewehre und Karabiner an die Güter und Gemeinden verkauft worden. Es fehlen nun aber immer noch die Leute, die auf Menschenmord dressiert sind, denn die Landarbeiter sind fast restlos organisiert und geben sich dazu nicht her. Neugierig verfolgt ja auch die Weisung oftmals nur den Zweck, um die revolutionären „Dosefnechte“ im Schach zu halten.

Man läßt sich daher von auswärts junge, unerfahrene Leute kommen. Und da bietet die Auflösung der Freikorps die beste Gelegenheit dazu. Von der berühmten Marinebrigade „Erdard“ und dem Freikorps „Hohbach“ sind in der letzten Woche schon einige Hundert Mann auf den Gütern untergebracht. Der Herr v. Rachtig hat sich allein 50 Mann genommen. Er hat ja auch allen Grund dazu, denn sein Gewissen ist ganz besonders schwer belastet. Nach außen hin hängt man der Sache ein patriotisches Mäntelchen um und erklärt, die Soldaten in Zivil sind nur zum Schutz gegen die Polen da. Ja, warum sind denn da auf den Gütern der Grenzstriche keine untergebracht? Wo sie doch schließlich notwendiger sind! Oder hat man Angst, daß sie von den Polen keine kriegen?

Die Gutsbesitzer lassen sich den Schutz mit einer besonderen Garde auch etwas kosten, denn außer guter Verpflegung und gemeinschaftlicher Unterkunft bekommen die Beschießen auch noch den Tag 7 bis 12 Mark. Der Leiter des ganzen Kreiseschutzes ist ein ehemaliger Offizier Hoffmann. Der wird wohl besonders beliebt sein.
Zum Arbeiten sind die Zivilisten aber nicht gut zu gebrauchen, denn das ist nicht nach ihrem Geschmack. Hierherlich war es doch im Weltkrieg und bei dem Rapp-Putsch, wo die Flammbrigade unschuldige Menschen niederschaltete oder mit dem Kolben brutal mißhandeln konnten. Da hat es besser geseluit!

Den Landarbeitern und unseren Parteigenossen in den Dörfern rufen wir zu: Seht auf der Wacht, die Reaktionen rufen zu einem Schlag gegen das deutsche arbeitende Volk! Diesmal laugen sie in Stadt und Land gemeinsam an, um die glorreiche Monarchie und damit die Diktatur der Sozialagrarier wieder aufzurichten. In der „Schlesischen Zeitung“ steht, daß in Sachoth bei Unabhängigen und Kommunisten Gewehre gefunden sind. An diesem Schwindel ist kein wahres Wort, wahr aber ist, daß in Paschwitz eine Anzahl Gewehre beschlagnahmt wurden, aber nicht bei Arbeitern. Schwindel aber ist weiter, wenn die schlesische Lande und der demokratische Parteileiter Rappach erklärt, diese Waffen wären vom Landrat gestohlen und die Gruppen bei ihnen angemeldet. Na, wir sind ja von den Demokratischen gewohnt, daß sie von sich aus aufpassen.

Herrmannsdorf. Der Achtundentag eines Freieitstages? Vorige Woche sind hier ein deutschnationale Volksversammlung statt. Herr Dr. Krüger war erschienen, um über die Konfessionen eine Heerfahrt zu halten. Obwohl die Versammlung erst am selben Tage bekannt gemacht wurde, kamen unsere Genossen in so großer Anzahl, daß selbst ein diebeter Bauer meinte, er könne gar nicht begreifen, wo die vielen Arbeiter herkämen. Herr Krüger hielt einen sehr geschäftigen Vortrag gegen die Sozialdemokratie. Alle bestehenden Zustände (auch er unserer Partei zu. Besonders hatte es ihm der Achtundentag angetan, von dem er u. a. sagte: Es wäre eine Freieitstberaubung, wenn man dem Arbeiter nicht die Möglichkeit gäbe, länger zu arbeiten. Genosse Klementz verpflichtete seine Ausführungen und wies nach, daß gerade die Deutschenationalen es waren, die uns bis an den Abgrund gebracht haben sollte der 20. Februar für diese Partei den Sieg bringen, dann armes Volk werden die alle Ertrumenchaften vom 9. November wieder vororen geben. Als ein brausenber Weill durch den Saal ging, wurden die Gesichter der Deutschenationalen immer länger. Die Arbeiter von Herrmannsdorf haben längst erkannt, wo die Betrüger sind, und werden ihnen am 20. Februar die Antwort nicht schuldig bleiben. Mit einem kräftigen Hoch auf unsere Partei und die freie Republik, ging die Versammlung auseinander.

Aus der Provinz Schlesien.

Zustiz- und Regierungsbehörden gegen die Reichsverfassung.

Uns Steinau a. O. wird uns geschrieben:
Für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen wird in jedem Kreise ein Ausschuss gewählt und als Vorsitzender dieses Ausschusses vom Regierungspräsidenten der Landrat des in Frage kommenden Kreises ernannt. Im Kreise Steinau ist Herr Janide von dem üblichen Verfahren abgewichen und hat an Stelle des linksstehenden Landrats Graf Wallestem zum Vorsitzenden dieses Ausschusses ernannt.

Diese Maßnahme wurde von den Steinauer rechtsstehenden Parteien freudig begrüßt. Als der Ausschuss im Oktober vorigen Jahres zur Wahl der Schöffen und Geschworenen zusammentrat, begrüßte den Grafen Wallestem mit den Worten: Es ist gut, daß der Landrat nicht im Ausschuss sitzt, dann sind wir um so schneller fertig. Dann arbeitete man in der Tat schnell und reaktionär. Herr Krüger erklärte in echt „deutschnationaler“ Ehrlichkeit, daß er außerordentlich bedauere, daß ein dem Ausschuss angehöriger Lehrer nicht Schöffe bzw. Geschworener werden könne. Der dem entgegenstehende Paragraph des Gerichtsverfassungsgesetzes sei aber leider noch nicht aufgehoben. Auf dieses „juristische Gutachten“ hin wurde nicht ein einziger Lehrer im ganzen Kreise zum Schöffen beziehungsweise Geschworenen gewählt. Zahlreiche Beschwerden bei der Regierung und beim Landgerichtspräsidenten blieben bisher unbeantwortet. Der „Schmittler“ Dr. Krüger erklärte aber vor wenigen Tagen im Reichstagsgelegenheitlich die Zustände, daß er es „natürlich gern sehe, wenn das beamtete Richteramt mit den Dolmetschern in angemessener Weise verbunden werde.“

Stillschweigend setzen jedoch keine nachgeordneten Stellen die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung, die alle Nachteile des Standes aufheben, außer Kraft und werden dann mit Hilfe „juristischer Gutachten“ mit „den reaktionären“ Auswahl der Schöffen und Geschworenen und bereiten damit die faktisch bekannten Klassenurteile vor. Hoffen wir, daß auch das preussische Volk am 20. Februar mit den Herrschaften „schneil fertig“ wird.

Maßnahmen gegen die Gewalttätigkeit in Oberschlesien.

Die Aufmerksamkeit, die das Ausland den unsicheren Zuständen in Oberschlesien zugewandt hat, hat bereits ihre Wirkung gezeigt. Die Interalliierte Kommission ist zu energischerem Einschreiten entschlossen.

Die Waffenkontrolle auf den Bahnen ist verschärft worden. Patrouillen kontrollieren nicht auf den Straßen laufende Autos und unteruchen sie nach Waffen. Selbst das Hotel Dornitz, das Hauptquartier Kortanths, ist dieser Tage untersucht worden. Bei Hochzeitsfesten werden die anwesenden Gäste durch die Polizei nach Waffen untersucht. Patrouillen kontrollieren täglich die Cafés und Wirtschaften, und es ist mehrfach gelungen, eine größere Anzahl unsicherer Elemente festzunehmen. Die Wirkung dieser Maßnahme ist daß zunächst die Zahl der Raubverbrechen, Überfälle und Morde in der letzten Woche erheblich abgenommen hat. Die Verdüsterung der letzten Wochen beruhigt.

Die schwerste Gefahr bildet auch heute noch die partiell zusammengelegte Abkommenspolitik, da die partiell zusammengelegte die Truppe für den Ernstfall völlig aktionsunfähig macht.

Hybnitz. Gerechtigkeitsliebe der Polen aus Elguth im Kreise Hybnitz wird geschrieben: Am 22. Dezember d. Js. wurde der betagte Rektor Hofnar Salzbrunn auf der Straße niedergeworfen. Ohne Zweifel handelt es sich um einen politischen Mord. Rektor Salzbrunn war deutscher Patriot und hatte seiner Gesinnung überall und zu jeder Stunde unerschöpflichen Ausbruch gegeben. Im Schmerz über den Tod seines Vaters erließ Tags darauf sein Sohn, der Lehrer Erich Salzbrunn aus Parzowitz, einen flammenden Aufruf, der in zu Herzen gehenden Worten Sühne für den Mord an seinem Vater forderte. Statt sich nun von der offenkundigen Mordtat und den — leider unerkannt entkommenen — Mördern abzuwenden, hat der Ausschuss von 18 polnischen Vereinen der Gemeinde Elguth, die 25 000 Polen vertreten sollen, die — Ausweisung des Sohnes des Ermordeten wegen „verleumdender öffentlicher Anklage“ beantragt. Der „Polen“ in Rattowitz, der sich nicht schaut, den Versammlungsbeschluss in ekelhafter Weise zu schillern, wagt es sogar, die in einer „Entschuldigungs“ ausgesprochenen niedrige Verleumdung, daß Rektor Salzbrunn maßlos einseitig seine Hand an sich gelegt habe wiederzugeben. Es läßt dem Andenken des Verstorbenen wenig Ehre erwirken, wollte man diese gemeine Verleumdung auch nur einer Beurteilung würdigen. Es genügt, festzustellen, daß in Oberschlesien nach dem Willen polnischer Volkserbitter Sühne für Mord die Ausweisung des Sohnes des Ermordeten, das Erhängen jeden Schreies nach Gerechtigkeit sein soll.

Bereinstellender.

Rechtlicher Gehörverweigerung. Heute abend um 1 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses. 2. Bericht des Ausschusses. 3. Bericht des Ausschusses.

Attablin - Schnupfenpulver
Schon in den ersten Tagen nach dem Ausbruch der Grippe...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 31. Januar 1921.

Sozialdemokratischer Verein.

Genossinnen und Genossen in der Wohlfahrtspflege
Freitag, den 4. Februar,
abends 7 1/2 Uhr — im Gewerkschaftshaus — Zimmer 8:
Versammlung.

Tagesordnung: „Das Kinderzuschlagsgesetz“. Redner: Arbeiter-
sekretär Genosse Peiser. — Eingeladen hierzu sind auch alle
Genossinnen und Genossen, die Interesse an den Arbeiten der
Wohlfahrtspflege haben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokr. Lehrer und Lehrerinnen!
Wichtige Sitzung am 4. Februar, abends 8 Uhr, im
Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Sitzung! Elternbeiträge!
Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10:
Versammlung sämtlicher Abteilungsleiter und Gruppenführer.

Die Heimstättenfrage.

VIII.

Geld einfließen.

Wenn man die schwierige Frage der Geldbeschaffung für Heimstätten und Erdungen wirklich ernsthaft ansprechen will, so muß man von vornherein von dem Gesichtspunkt ausgehen, daß es gerade in Verträgen, den Leuten ohne jedes Kapital ermöglicht werden soll, eine Heimstätte zu erwerben; handelt es sich doch besonders darum, den durch den unklugen Krieg zerbrochenen Existenzen zu helfen. Da nun, wie vorher nachgerade, Hunderttausende von Heimstätten jährlich nötig sind, kann die Geldfrage nicht in der bisherigen Weise durch „Bankenkassenschleusen“ gelöst werden, weil Staat und Gemeinden am Ende ihrer Kraft stehen.

Leider ist es unmöglich, auf diesem knappen Raum die verschiedenen aufgetauchten Projekte zu erörtern, die sich mit der Finanzierung der Heimstätten befassen. Ich will mich vielmehr darauf beschränken, den Vorschlag zu behandeln, auf den sich der „Ständige Beirat“ nach sorgfältiger Prüfung geeinigt hat. Dieser zielt dahin, daß die „Hauptverwaltung der Darlehnskassen“ angewiesen wird, Heimstätten-Darlehnskassen „sinnlos“ auszugeben. Als Deduktion gilt der Baubestand der Heimstätten. Der Heimstättenbau soll 1/2 Prozent Verwaltungskosten an die Darlehnskassen und 1/2 Prozent zur Tilgung des Darlehns. Die Darlehnskassen sind verpflichtet, nach Maßgabe der ihr zufließenden Tilgungsbeiträge, Darlehnskassenscheine aus dem Verkehr zurückzuführen.

Ein paar Worte über die Papiergeldmiserie überhaupt: Bei dem Krieg wurde der Geldbedarf durch „Reichsbanknoten“ behoben, die zu einem Drittel ihres Wertes aus Goldbestand der Reichsbank gedeckt waren. Als nun der Krieg und damit Deutschlands Abgeschlossenheit einsetzte, war für Handel und Industrie bald großer Mangel an Geldzeichen vorhanden, dem man dadurch abhelfen wollte, daß „Darlehnskassenscheine“ als neues Papiergeld ausgegeben wurden. Bis zu 60 Prozent ihres Wertes dienten die wirtschaftlichen Güter, Maschinen, Borräte, Ausstattungen usw. als Sondereckung. In der Folgezeit sind nun aber immer mehr „Darlehnskassenscheine“ gedruckt worden — man spricht von 80 Milliarden. — Die Deduktionsfrage hat sich infolgedessen immer weiter verschoben; denn der „Wertebau“ wurde inzwischen nicht auch entsprechend größer, sondern eher kleiner, weil während dieser Jahre verbraucht, ja verpulvert wurden, und eine Erneuerung oder Vermehrung nicht in der erforderlichen Weise stattfand, hauptsächlich deshalb nicht, weil uns die Rohstoffe fehlten. Zum äußeren Ausdruck kommt das durch die geringe Kaufkraft unserer Mark, durch den Tiefstand unserer „Balata“, die sich nicht erhobeln kann, weil das Reich immer neues ungedecktes Papiergeld ausgeben muß, um die notwendigen Bedürfnisse zu befriedigen (Löhne, Gehälter, Pensionen, Arbeitslosenrenten usw.).

So sehen wir denn sozuaun wirklich den sicheren „Tod vor Augen“, wenn sich das deutsche Volk nicht endlich aufrafft zu einer entschlossenen Tat, die nur darin bestehen kann, daß wir Millionen Arbeiter, Arbeitsfreudige und neue Hoffnung geben, dadurch, daß wir die deutschen Menschen wieder mit dem deutschen Boden verbinden, daß wir aus dem überall vorhandenen Material höchste Werte, nämlich „Heimstätten“ herstellen, wodurch wir die Nahrungsmittel durch Gartenbau und Kleintierzucht vermehren und verbilligen, Krankheit und Kindersterben von jeder handwerklichen Verfertigung ein neues großes Feld öffnen.

Wie würde sich die Sache für den einzelnen Heimstättenhalter gestalten? Sehen wir den Preis eines Einmüllerbauhauses auf etwa 60.000 Mark an, eine Summe, die nur im Hinblick auf den herrschenden Baukostenstand so hoch gegriffen ist. So wird dem Heimstättenhalter in Zukunft nichts mehr „verschont“, wie es mit dem „Baukostenzuschuß“, sondern er muß für den ganzen Preis selbst aufkommen. In unserem Falle bei 1 1/2 Prozent wird die Summe Jahr für Jahr mit 900 Mark abgezahlt. Es weiß also der Heimstättenhalter, daß jede Einschränkung und jede Einschränkung beim Bau ihm und seinen Kindern unmittelbar zugute kommt. — Wenn auch die 900 Mark dem „kleinen Mann“ im ersten Augenblick etwas hoch erscheinen werden, so ist zu bedenken, daß sie nur zum kleinsten Teil vom Tages-Arbeitsverdienst zu erparten sind; denn jeder der schon einen Garten bewirtschaftet hat, weiß, daß aus 500 bis 1000 Quadratmeter Nutzgarten ein Kleintierzucht mit Beibräutig für 500 bis 600 Mark Werte gewonnen werden können. Dazu kommt vor allem, daß die 900 Mark gar nicht, wie bei der Mietkasserie, als Miets, also als verlorenes Geld angesehen sind, sondern zum überwiegenden Teil erpartbar aus dem eigenen Eigentum bleiben, das in die Heimstätte hineingesteckt wird, also nie verloren geht.

Selbstverständlich aber darf die Heimstätte vom Inhaber, wenn sie nicht mehr will, nicht „mit Profit“ weiter veräußert werden, sondern sie fällt nach dem „Heimstättenrecht“ an den Heimstätten-Zuschuß zurück, während der Heimstättenhalter kein Geld mehr herausbekommt; so sieht, wie wir schon früher ausführten, das „mindere Recht“ des „Schuldenverbandes für Grundbesitz“ aus.

Man kann sich denken, wie Hypotheken- und Bodenbesitzer, die 30 Prozent des in den Mietkassernen liegenden Kapitals besitzen, der „Schuldenverband für Grundbesitz“ usw. sich zu solchen Vätern zur Befriedigung des Wirtschaftsliebes stellen; denn da würden ja die verbleibenden Gewinne bedeutend geringer werden. —

Was hat man gegen diesen Vorschlag des „Ständigen Beirats“ einzuwenden? Ein einziger Ruf hallt über die Lande, das Wort „Inflation“, d. h. Überführung mit Papiergeld. — Es läßt hierzu Separatrat Dr. jur. von ...

„Wenn behauptet, die Inflation würde vermehrt. Wenn man ... Inflation“ jede Papiergeldausgabe verhindern will, dann ... es unumkehrbar der Fall sein. Das wäre aber keine richtige ... fassung. Von Inflation kann nur da gesprochen werden, wo ... über dem ausgegebenen Papiergeld kein Gegenwert entsteht

Wenn, wie es heute geschieht, das Defizit der Eisenbahn und Post, die Auszahlung an das Ausland usw. durch Noten bewirkt wird, so ist das eine Vermehrung der Inflation; denn diesen Ausgaben steht kein Wert gegenüber. Wenn aber durch die Ausgabe von Noten die Produktion von Eisen, die Bearbeitung von Holz, der Aufbau von Häusern gefördert wird, so steht jeder Million, die hierfür ausgegeben wird, in kurzen ein Wertobjekt gegenüber, das sogar durch Bergabe wenn auch eines nur niedrigen Zinseszins dieses selbe Geld allmählich wieder zum Verschwinden bringt. Hier steht ein wirklicher Wert dem Papiergeld gegenüber. So, ein viel besserer, als Gold darstellen würde, in der Form, wie es die Goldbedeckung der Reichsbank vor dem Kriege war. Denn tatsächlich war diese Goldbedeckung eine Fiktion. ... Wenn man also Verleumdungen ausübt in dem Maße, wie Wohnhäuser errichtet werden, so wird hierdurch weder eine Inflation hervorgerufen, noch wird eine bestehende Inflation vermehrt.

Durch die vorgeschlagene Rücksteuer von 10 Prozent etwa des Geldbestandes zum Vermögenszuwachs wird der Geldbedarf bei weitem nicht gedeckt, wohl aber wird solche Steuer eine neue Produktiverneuerung und neue Lohnkämpfe im Geleite haben, auf der anderen Seite aber wird dadurch der Vermögenszuwachs, dieser Hoffnungsanker unseres Volkes, sicher erhöht. — Man zeige uns also einen besseren Weg, oder der „Gordische Knoten“ muß zerschnitten werden, und „neues Leben blüht aus den Ruinen!“

Beamte, Arbeiter und Anwohner. Fort dafür, daß Eure Organisationen sich hinter den „Ständigen Beirat“ stellen, der für unser schaffendes und darbedendes Volk arbeitet und kämpft! Wir kommen jetzt noch zu der Frage, wie der „Ständige Beirat für Heimstättenwesen“ die Baukosten zu berechnen gedenkt. **Berner.**

Niedrige Wahlbeteiligung in Sicht.

Die Wahllisten in der Lessingstraße wurden eingesehen von 58.215 für 282.165 Wahlberechtigte.

Einsprüche wurden erhoben von 3102 Personen. Das Interesse an den Wahllisten war also sehr groß. Es steht eine außerordentlich hohe Wahlbeteiligung in Aussicht. Es heißt daher auf dem Polke sein!

„Der Kämmerer mag sich den Kopf zerbrechen.“

Seit Jahr und Tag spult in Reden des Breslauer Stadtkämmerers und in Wäutchen vom Schlege der „Breslauer Zeitung“ und der „Schlesischen Zeitung“ eine angebliche Äußerung eines sozialdemokratischen Stadtkämmerers, die bezweifellos ist, wie leichtfertig unsere Genossen den finanziellen Problemen der Stadt gegenübersehen. Erst dieser Tage konnten wir wieder lesen, der Sozialdemokrat habe gesagt: „Wir beschließen, was wir wollen, über die Deckung mag sich der Kämmerer den Kopf zerbrechen.“

Um dieser Entschuldigend einmal den Kopf abzubrechen, haben wir uns das amtliche Stenogramm der tragischen Sitzung beschafft, und dieses weist folgendes aus:

Um der Einheitschule die Wege zu ebnen, hatten die Sozialdemokraten den Abbau der Vorkurschulen an den höheren Schulen beantragt. Die unterste Vorkurschule sollte zu Ostern des vergangenen Jahres abgekauft werden, was kurze Zeit später auch in der Landversammlung beschlossen wurde. Die bürgerlichen Gegner der Einheitschule wollten die Beschlussfassung verzögern. Ihnen gegenüber sprach sich Genosse Dars dafür aus, den Abbau sofort zu beschließen, damit Magistrat und Kämmerer wüßten, woran wir in Breslau sind. Wörtlich sagt das Stenogramm:

Stadtk. Dars: Wenn wir heute das beschließen, diesen Beschluß rechtzeitig fassen, so wird es Sache des Herrn Kämmerers sein, nachzudenken, wie die Sache einzurichten ist und ich behaupte, sie wird eingerichtet werden, und sie wird sich einrichten lassen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, der Vorlage zuzustimmen, damit der Magistrat und der Herr Kämmerer wissen, wie wir in Breslau stehen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Der Kämmerer war aus finanziellen, und vielleicht auch aus inneren Gründen gegen den Abbau der Vorkurschulen. Ueber seine Rede berichtet das Stenogramm:

Stadtk. und Kämmerer Matthes:

Es ist außerordentlich bequem und Herr Dars macht es sich sehr leicht, wenn er sagt: Der Kämmerer mag sich den Kopf zerbrechen. Meine Kunst ist zu Ende hier! Wir stehen vor den aller schwierigsten Problemen. Wir haben gestern in der Betriebskommission und darüber unterhalten müssen, die Kosten für Elektrizität auf 1,50 Mark in die Höhe zu treiben, den Gaspreis bis auf einen 60 Proz. hinaufzurufen. Wir haben wie der Herr Oberbürgermeister gesagt hat, den schweren Entschluß fassen müssen, das Schulgeld auf das Doppelte zu erhöhen. Wir müssen die Erhaltungskosten für die Kantinenhäuser wahrheitsgemäß um das Dreifache von 2,50 Mark auf 7,50 Mark erhöhen. Solche Entschlüsse müssen wir fassen, und da wird hier gesagt: Der Kämmerer mag sich zerbrechen! Nein, meine Herren, das weiß ich einfacl zurück! Wer solche Vorkurschule macht, der muß auch in der Lage sein, die Erträge zu ernten und uns seine Vorkurschule zu bringen, sonst ist das sehr bequem und überaus leicht.

Daraus geht hervor, daß die oft zitierte Äußerung nicht von einem sozialdemokratischen Stadtkämmerer, sondern vom Kämmerer stammt. Er war es, der sich „die Sache sehr leicht gemacht“ hat, indem er dem Genossen Dars die Worte im Munde umdrehte, und ihnen einen ganz falschen Sinn unterstob. Die Sozialdemokraten haben aber auch damals mit ihrer Anfrage auf Abbau der Vorkurschulen sofort Vorkurschule gemacht, wie der Kleinwuchs erhebliche Ausfall an Schulgeld zu bedeuten sei.

Wir dürfen gespannt sein, ob der Schwindel trotz dieser Feststellungen weiter kolportiert werden wird. Anders als mit Schwindel löst sich der Politik der sozialdemokratischen Stadtkämmerer allerdings schwer bekommen.

Kommunistische Liebenswürdigkeit.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ hat die Veröffentlichung von Artikeln in Interesse der Erhaltung Ober- und unteren bei Deutschland mit der Bemerkung abgedruckt: „Wir wünschen mit so etwas nicht mehr Befähigung zu werden, schade um jedes Schädigen Papier, was die Heimstättenfrage für uns bezwecken.“

In einem Beitrage hat Herr Grunow ja bereits den oberflächlichen Arbeitern erklärt, wie dumme sie sind. Wir halten sie aber immer noch für klug genug, die vermeintliche kommunistische Verbesserpolitik zu durchschauen. Und das kränkt wohl Herrn Grunow am meisten.

Wahlheine.

Technisch wie bei der letzten Reichstagswahl, kann bei der bevorstehenden Wahl zum preussischen Landtage das Wahlrecht auch auf Grund eines Wahlscheines ausgeübt werden. Für die in Breslau wohnhaften Wahlberechtigten stellt der Magistrat die Wahlheine aus.

Einen Wahlheine können erhalten

1. in der Wahlliste eingetragene Wahlberechtigte, die in Ausübung ihres Berufs oder aus besonderen Gründen, zu Kurorten u. a. sich am Wahltag außerhalb ihres Wohnortes aufhalten oder nach Auslegung der Wahlliste verreisen;
2. Wahlberechtigte, die wegen Ausübung des Wahlrechts oder wegen Behinderung in seiner Ausübung in der Wahlliste nicht eingetragen sind, wenn die Gründe für das Ausbleiben oder die Behinderung nachträglich weggefallen sind;
3. Ausländer, die in der Wahlliste eingetragen sind, die aber in der Wahlheine eingetragen sind, wenn sie nach Ablauf der Auslegung ihren Wohnsitz hier nehmen und
4. Wahlberechtigte, die nachweislich ohne ihr Verschulden die Frist zur Einlegung eines Einspruchs gegen die unrichtige oder unvollständige Eintragung in die Wahlliste veräußert haben.

Anträge werden mündlich oder schriftlich im städtischen Wahlamt, Elisabethstraße 9, I, Zimmer 59, entgegengenommen. Es ist empfehlenswert, Wahlheine erst nach Beendigung der Auslegung unter Vorlegung geeigneter Ausweise mündlich zu beantragen. Die Entgegennahme von Anträgen muß, weil in der Großstadt onberuht eine ordnungsmäßige Verichtung der Wahllisten nicht durchführbar wäre, Freitag am 18. Februar, nachmittags 1 Uhr, geschlossen werden. Später eingehenden Anträgen kann nicht mehr entsprochen werden. Beim Empfang des Wahlheines ist darauf zu achten, daß er das Dienstsiegel trägt. Für die Wahlen am Provinziallandtag ist die Ausstellung von Wahlheinen nicht zugelassen.

Wichtig, Kündigungsschriften!

Schon oft ist an dieser Stelle auf die Wichtigkeit des Einbringens gegen eventuelle Kündigungen hingewiesen worden. Leider lesen unsere Freunde scheinbar solche wichtige Dinge nicht. Es muß gegen jede unbegründete Kündigung innerhalb fünf Tagen durch den Betriebsrat oder die Gewerkschaft bei der Firma Einspruch erhoben und im Falle der Nichtbeachtung bei dem Schlichtungsausschuss eine Entscheidung beantragt werden. Fristverstreuen bestimmt alle Rechte!

Vollversammlung des Arbeiter-Bildungsausschusses

am Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Thalia-Theater. Zur Ausführung kommt Zbiers Schauspiel „Mora“. Die Vorträge werden im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses gegen Vorzirkung des Mitgliedsbuches des Sozialdemokratischen Vereins und der Theaterkarte in den Bureaufunden von 3—1 und 4—7 Uhr bis Freitag abend 7 Uhr ausgegeben.

Die Arbeitsgemeinschaft „Ratzegelehen und Wegmannschidjal“ muß wegen Erkrankung des Herrn Wegmann heute ausfallen. Nächste Stunde: Sonnabend, den 6. Februar.

Reichseinkommensteuer und Kirchengemeindebeitrag.

H. A. Das Finanzamt Breslau-Stadt läßt gegenwärtig einem Teil der Steuerpflichtigen Nachrichten über eine vorläufige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für 1920 zugehen. Hierunter werden im allgemeinen nur diejenigen Personen betroffen, die nicht schon Reichseinkommensteuer durch Abzug vom Lohn oder Gehalt zahlen. Auch die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden und die Synagogengemeinden lassen Nachrichten über die vorläufige Veranlagung zu Abgaben für 1920 durch Vermittlung des Finanzamtes und der städtischen Steuerkasse zufließen. Den Steuerpflichtigen wird dringend nahegelegt, zur Verringerung der Arbeiten der überlasteten Steuerkasse diese vorläufige Veranlagung außerordentlich viel Arbeit macht, die sich zum größten Teil vermeiden ließe, wenn die Steuerpflichtigen die Zahlungsfristen pünktlich einhalten würden. Diese unendliche Arbeit erhöht die Ausgaben der städtischen Verwaltung, die zu verringern, jedem einsichtigen Bürger am Herzen liegen sollte.

Zur Lohnbewegung in der Herren- und Knabenkleiderkonfektion.

Seit längeren Monaten sind die Arbeitnehmer der Deutschen Konfektionsindustrie bestrebt, einen Reichstaxi zur Einführung zu bringen. Die Verhandlungen, welche im Dezember d. J. einlegten, zeitigten kein Resultat. Vom 25. bis 27. Januar waren die beiderseitigen Vertreter in Frankfurt verammelt, um weitere Beratungen zu pflegen. Diese Verhandlungen sind als gescheitert zu betrachten.

Am Montag, den 6. Februar, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung statt, welche sich mit der neu geschaffenen Situation beschäftigen soll.

Mieterversammlungen.

Am 27. Januar d. J. hielt der Breslauer Mieter-Verein (E. V.) seine ordentliche Hauptversammlung im dem, trotz der Ungunst der Witterung, dichtgefüllten großen Saale des Breslauer Konzerthauses ab.

Nach Erstattung des Verwaltungs- und Kassenerichts erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und die Bestätigung der Bezirksleiter in ihren Ämtern. Nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden über den Stand der Mietergesetzgebung, kamen noch eine Anzahl Mitglieder zum Worte, welche verschiedene vorbrachten. Sehr interessante statistische Zahlen wurden von dem Beamten im Wohnungsamt, Herrn Kaufmann, vorgelesen. Aus den Ausführungen war leider zu ersehen, daß die Wohnungsnot in Breslau erschreckend groß ist, und daß das Wohnungsamt auch nicht entfernt in der Lage ist, Wohnungen an die Wohnungssuchenden zu vermitteln. Es gibt nur ein Mittel, das heißt bauen. Hierfür wird sich der Mieterverein mit ganzer Kraft einsetzen und in aller nächster Zeit an die Verwirklichung mit Vorschlägen herantreten. Eine ganze Anzahl vorgemerkter Redner kam nicht mehr zum Worte, weil der Eintritt der Sprechstunde den Schluß der Versammlung bedingte.

Stadttheater. Heute abend 7 Uhr „Ranon“. Morgen Dienstag abend 7 Uhr, neu einstudiert, „Doppelt in der Unterwelt“, mit den Damen Dannenberg, Dornwald, Gajewski, Knebel, Reich, Ochs-Pfaff, Quast, und den Herren Haber, Hübner, Kold, Kubow, Siebold, Wilhelm. Musikalische Leitung Herr Müller-Brem. Spielleitung Dr. Dietrich Müllerstein. Mittwoch 7 Uhr „Ranon“.

Wieder ein Rappia frei.

In Fortsetzung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die Mörder aus der Breslauer Rapp-Battalione zu ermitteln ist im Laufe der vergangenen Woche Kapitänleutnant Müller unter dem Verdacht der Teilnahme verhaftet und in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Ergen Kapitänleutnant Müller befiel den Verdacht, an dem Morde des Kochs Gertenroth beteiligt zu sein. Gertenroth wurde während der Kapptage von einer Patrouille aus Kiegners Hotel, wo er als Koch tätig war, abgeholt und nach dem Generalkommando gebracht. Später wurde er mit einer Schutzverletzung tot auf dem Schlachtfeld aufgefunden.

Am Sonnabend vormittag wurde Müller, der gegenwärtig als Oberleutnant in der Reichswehr angezogen ist, dem Untersuchungsrichter des hiesigen Landgerichts zur Vernehmung vorgeführt. Wie wir erfahren, soll die Vernehmung jedoch ergeben haben, daß er lediglich der Führer der Patrouille gewesen sei und Gertenroth im Generalkommando abgeliefert habe. Eine Beteiligung an der Ermordung des Gertenroth ihm bisher nicht nachgewiesen werden. Unter diesen Umständen hat der Untersuchungsrichter die Aufhebung des Haftbefehls verfügt.

Heimkehr aus Sibirien.

Die Sibirier haben wohl mit am schwersten unter diesem grausamen Kriege leiden müssen. Völlig abgesehen von aller Welt, jahrelang ohne Post aus der Heimat, hatten wohl schon Tausende jede Hoffnung aufgegeben, noch einmal ihre Angehörigen zu sehen. Aber denen aber, die widerstandsfähig genug waren, die ruffischen Strapazen zu überleben, bietet sich jetzt noch einmal ein Hoffnungstrahl, in die Heimat zurückzukehren. Unendlich viele unserer deutschen Brüder brechen in dem weiten Ausland. In März 1918 waren es 650 000, die in Sibirien gefangen waren.

Reist auch darum die Heimkehr einiger, wieder so manche Stunde auf, so müssen wir uns doch freuen über jeden Bruder, der uns wiedergehen wurde. Am Freitag herrschte auf dem Hauptbahnhof ein reges Leben. Ganz unerwartet waren Sibirier in Breslau angekommen. Einige Hundert fuhren nur durch, 80 waren Breslauer, die bald ihre Angehörigen aufsuchten, und 83 wollten nach Oberschlesien, nachdem die Passformalitäten erledigt sind. Alle wurden hier von der Arbeiterbrigade des Sibirierheims auf dem mit Girlanden geschmückten Bahnhof empfangen und in der „Leben Freizeitanstalt“ bewirte. Die Verbände heimatreuer Oberschlesier hatten für ihre obereschlesischen Brüder

2000 Mark zur Verfügung gestellt, wofür ihnen Lebensmittel und Wäsche verabreicht wurde. Die Heimkehrer kamen zu Speiszeiten, und vornehmlich Landsturmmänner und ein großer Teil schon seit 1914 in Gefangenschaft. Wir aber wollen hoffen und wünschen, daß sich diese Männer bald wieder in der Heimat zufinden.

* Flugpost Berlin-Dresden. Vom 1. Februar an eröffnet die Deutsche Luft-Post, Berlin, einen täglichen Flugpostdienst Berlin-Dresden, ab Berlin 8.00, an Dresden 4.30, zurück ab Dresden 8.15, an Berlin 9.45. In Berlin bestehen gute Anschlüsse an die Flugpost von und nach Braunschweig-Dortmund.

* Sprechzeiten bei der Schulverwaltung. Mit Rücksicht auf die große Geschäftsbelastung der Schulverwaltung (Magistratsbüro IV, Abteilung für Personalien) hat der Magistrat Anordnung getroffen, daß das Büro nur Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 11 bis 2 Uhr für den Verkehr geöffnet ist. In allen persönlichen Angelegenheiten können Anträge nur eingeholt und Rückfragen nur erledigt werden in der Abteilung für Personalien des Magistratsbüros IV Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 11 bis 2 Uhr; bei dem Stadtschulinspektor Kreislichrat Dr. Gremmerle Montags und Donnerstags von 12 bis 1 Uhr; bei dem Stadtschulinspektor Kreislichrat Kionta Montags und Donnerstags von 12 bis 1 Uhr; bei dem Stadtschulrat Dr. Lauterbach Montags und Donnerstags von 12 bis 1 Uhr.

* Der Postverkehr mit Bittwa ist wieder aufgenommen worden. Für Einschreibungen wird aber keine Haftpflicht übernommen. Sonst ist an dem gewöhnlichen frankierten Briefverkehr nichts zu ändern. Der Postverkehr der Republik Österreich und der russischen Republik des fernsten Dienstverkehrs zur Postbeförderung zugelassen. Da zurzeit keine andere Verbindung besteht, werden die Sendungen aber Korrespondenz und die Kurantbriefe geleitet. Sie sind nach den Gebührenlagen des Weltpostvereins freizumachen. Jeder alles Weitere erteilen die Postanstalten Auskunft.

* Von der Oberoffiziersabteilung. Abgehen von einer vorübergehenden Dienstverpflichtung der Wehr voll am sich der Wehr auf der oberen und unteren Ober bei autem Bahnhafen unbehindert. Die Schule Jannowitz ist seit dem 26. d. M. zur Aufnahme von Instandsetzungsarbeiten auf unbestimmte Zeit außer Betrieb gesetzt. Der Umzug in den oberen Höfen bleibt immer noch gerina; er ergab in der Berichtswoch gegen 27 000 Tonnen Kohle und noch nicht 4000 Tonnen Erz. Breslau polieren in der Berichtswoch zu Berg 57 beladene, 109 leere, zu Tal 46 beladene Fuhrzeuge. Die Erzabfuhrungen für die Schifffahrt in Stettin ist immer noch sehr gerina.

* Die Postämter der Postämter wie unter am den 4. Februar, im Friedeborn Markt. Die Postämter der Postämter wie unter am den 4. Februar, im Friedeborn Markt. Die Postämter der Postämter wie unter am den 4. Februar, im Friedeborn Markt.

* Neben die Aufhebung der Postmarken 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfennig sind in der Öffentlichkeit vielfach Meinungen verbreitet. Derartige Postwertzeichen sind seit längerer Zeit nicht mehr hergestellt worden. Sie sind, in die Postgebühren in den letzten Jahren wiederholt erhöht sind, im Postverkehr nur noch als Ergänzungswertzeichen Postmarken usw. früherer Ausgaben brauchbar. Für sich zur Freimachung von Sendungen verwandt, wirken sie im Betrieb hindern, da im einzelnen Falle meist eine große Aufhebung werden muß. Deshalb sind sie bereits auf den 31. 1920 außer Umlauf gesetzt worden. Um den Verbrauch den Händen des Publikums befindlichen Stücke zu erleichtern, hat die Postverwaltung diese Brief bis Ende Dezember erweitert. Ebenfalls aus Rücksicht für das Publikum ist die noch weiterhin zur Ergänzung der Freimachung Postmarken, Postanweisungen, Briefumschläge und Karten mit eingedrucktem Wertstempel zu verwenden.

Die hin und wieder geäußerte Befürchtung, daß die maniamarken allgemein bei der Ausgabe der neu entworfenen Postwertzeichen außer Kurs gesetzt werden, ist völlig unbegründet.

* Das Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften im Monat Dezember 1920 von insgesamt 1022 Personen bestanden 718 männliche und 261 weibliche Arbeitnehmer waren. dem Organisationsverhältnis waren 582 nur gewerkschaftlich nur politisch und 150 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Die 1022 Auskünfte verteilten sich auf die Rechtsgebiete Arbeiterverleumdung mit 106, Arbeits- und Dienstvertrags 150, arbeitsrechtliches Recht 607, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten Strafrecht 93 und auf alle übrigen Rechtsgebiete 18.

Ein Schriftführer wurden 280 angesetzt und zwar 84 vor den ordentlichen Gerichten, 12 Reichsgerichten, 3 Berufungs Gerichte, 34 Anträge, 30 Widersprüche, 30 sonstige und in 8 wurde schriftliche Auskunft erteilt.

Nach Rechtsgebieten geordnet verteilen sich diese Fälle mit 11 auf die Arbeiterverleumdung, mit 2 auf die Privatangelegenheiten, mit 18 auf Arbeits- und Dienstvertrags, mit 65 auf Bürgerliches Recht, mit 65 auf Strafrecht, mit 62 auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, mit 18 auf das Reichsverfassungsrecht, mit 16 auf alle sonstigen Rechtsgebiete.

KSV VORWÄRTS
Lebensmittel-
preise
bedeutend
herabgesetzt.
Näheres
in den Verkaufsstellen.
19008

Wurst- u. Fleischwaren
18851
Aug. Schneider, Westendstr. 68
frische, modernste u. leistungsfähigste Wurstfabrik Schlesiens.
Telefon: Ring 2315.

Schnicke Herrenkleidung
nach Maß schneidet Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider werden
und umarbeiten. Telefon 1507. 14714
Militär-Mäntel
werden bei uns in idealer Ausführung in diesen Spezies
bestehend aus Stoffen angefertigt. Hochwertiges Stoffe in
in und ausstehenden Einzelheiten. Einige werden zur Be-
schreibung angenommen. Günstige Bedingungen können 3 Tagen.
Koständige Anträge werden prompt erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneiderwerkstatt, Erndstr. 7.

EINFACHE MÖBEL
nach künstlerischen Entwürfen zu sehr billigen
Preisen gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise
Albrechtstr. 39, Eing. Altbauerstr., I. Et.

Periodenförderung
weiter Periodenförderung
billigste Preise
in Gummiwaren
Franz S. Zander,
Rajicaria 1894
Breslau 9,
Gellertstr. 23, I. St.
Ha der Kasse.

Otto Stiebler
Zwingerplatz u. Filialen.
Es ist und eine
Genugtuung
Abhaben ein. Tasse wirft. guten
Kaffees, wieder unsere bekannte
Karlsbader Mischung
das Pfd. zu 32.— M.R.
empfehlen zu können.
Erst nachdem wir wieder unsere
bewährte Zusammenstellung er-
reicht haben, preisen wir diese
Mischung jetzt an.
Ferner empfehlen wir:
Kaffee-Mischungen
bis herab zu 22.— M.R. das Pfund.
Besonders beliebt Kr. 3 zu
26.— M.R.

KSV VORWÄRTS
Margarine
Pfund nur
10.50
19009

Wie ist das Leben entstanden?
von Dr. E. König
233 Seiten mit 2 Tafeln und 28 Abbildungen
jetzt brosch. Mk. 2.—, in Leinwand Mk. 3.25
Volkswacht-Buchhandlung

Gummiwaren
Spüllspitzen
Leinwand
Frauenartikel
Frau H. Troika
Breslau V. Giegarerstr. 22.

10000 Zähne und Wurzeln
1919 in den meisten Fällen
schmerzlos gezogen.
Zähne u. Pfomben zu 200 Preisen
R. Barthel, Poststr. 1.
Große Auktion.
Montag, den 1. Febr. 1921
ab 10 Uhr
im „Stadthaus-Keller“.

Bettfedern u. Daunen
günstige Kaufgelegenheit, Pfund von 15 M.R. an aufwärts.
Laden, Verkauf nur bei Herzog, Matthiastraße 100
am Waterlooplatz.

Familiennachrichten
Am 28. d. Mts. verstarb unser werter Verbands-
kollege, der Streckenbahnarbeiter
Ernst Paul
im Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahrt.
Im Nächstem des hiesigen Instandsetzer-Verbands
Verbandspräsident sein.
Beerdigung: Dienstag, den 1. Februar 1921,
nachmittags 7 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Bohren-
strasse 77.

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Malaktionen
gegenüber
Betriebsabbrüchen
und **Stillegungen**
nach der Ausführungsanweisung
Unschuldig
für Betriebs- u. Gewerkschaftler, Be-
hörden Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1.50 Mark und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung „Volkswacht“, Breslau III.
Erschienen im Bonn Grapenstr. 8.

Verkauf
Eleg. Cutaway
gest. Hohe, moderne Anzüge,
Hosen aus prima Stoffen her-
gestellt zu sehr angenehmen Preisen.
Weintraub, Kniebühlstr. 57, III.
Gerrenrad
Gummil., 450 Kilo
Eleg. Gummil., 450 Kilo
Eleg. Gummil., 450 Kilo
Eleg. Gummil., 450 Kilo
Botenfrauen
Berliner Tageblatt
Gesellschaftstr. 58,
Erichshaus II. Gg.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Zwei Reisende
bei Handwerkern und Wiederverkäufern
in Breslau, Umgegend und Schlesien
bestens eingeführt, von bedeutender
Eisenfirma in Breslau zum sofortigen
Antritt gesucht.
19008
Angebots mit Zeugnis-Abschriften
unter N. S. 4220 an Rudolf Mosso,
Breslau, erbeten.

Familiennachrichten
Am 28. Januar 1921 starb unser werter Kollege,
der Streckenbahnarbeiter
Ernst Paul
im Alter von 32 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahrt.
Im Nächstem des hiesigen Instandsetzer-Verbands
Verbandspräsident sein.
Beerdigung: Dienstag, den 1. Februar 1921,
nachmittags 7 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Bohren-
strasse 77.

Sozialdemokratisches Kirchenbuch
Preis 45 Pfg. — anwärts 10 Pfg. Porto.
Buchhandlung „Volkswacht“, Breslau III.

Botenfrauen
Berliner Tageblatt
Gesellschaftstr. 58,
Erichshaus II. Gg.

Zeitungsträgerinne
für Gräb., „rector“ sofort gesucht.
Expedition der „Volkswacht“